59. Jahrgang No. 51

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Dienstag, 31. Januar 1911

mit Täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung und
farbig illustriertem Witzblatt ULK

Erscheint täglich zweimal, Sonntags nur morgens, Montags nur abends. Abonnementspreis für Gross-Berlin: 20 Pfennig wöchentlich Abonnementspreis 85 Pfennig monatlich frei ins Haus, vierteljährlich Mark 2.55, bzw. 85 Pfennig monatlich bei Bezug durch die Post: monatlich Mark 0.90 und vierteljährlich Mark 2.70. Insertionspreis für die Zeile 40 Pfennig, Stellenangebote und Gesuche 30 Pfennig. Kleine Anzeigen: das Wort 6 Pfennig, das fette Ueberschriftwort 15 Pfennig. Redaktion und Haupt-Expedition: SW. Jerusalemer Strasse 46–49.
Chefredakteur: Karl Vollrath, Berlin W.

Tel.: Amt I, Nr. 10 131-10 148. Filialen: Prinzenstr. 41, Kottbuserstr. 1, Wienerstr. 1–5, Frankfurter Allee 41–42, Gr. Frankfurterstr. 81 b. 87, Provinzer Allee 84, Schiffbauerdamm 1, Schulzendorferstr. 7, Hasdorf 55, Königstr. 56–57, Rosenthalerstr. 48, Rathenowerstr. 5, Potsdamerstr. 38, Leipzigerstr. 105, Blücherstr. 69, Charlottenburg: Tauentzien 8, 9, Kantstr. 34, Scharrenstr. 59, Friedenau-Steglitz: Rheinstr. 59, Gross-Lichterfelde West: Carstr. 1–2, Hohenzollernstr. 98, Wilmersdorf: Uhlandstr. 98–99, Berlinerstr. 9, Weissensee: König-Chaussee 61, Wilmersdorf: Uhlandstr. 98–99.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Der preußisch-römische Konflikt.

Die hochmütige und herausfordernde Sprache des Papstes gegen Preußen wird allgemein als ein Akt des Uebermuts der regierenden Jesuiten im Vatikan angesehen. Man spricht im Norden wie im Süden des Deutschen Reiches die Erwartung aus, daß man in Berlin ein „treffendes Wort zu rechter Zeit" sprechen werde. Wir haben demgegenüber von vornherein betont, daß man von der Regierung eines Bethmann Hollweg ein solches Wort nicht hören wird. Tatsächlich ist bisher weder der „Nordd. Allg. Ztg." noch kein Manuskript aus der Reichskanzler oder dem preußischen Kultusministerium eingetroffen.

Mittlerweile hat der preußische Gesandte in Rom, Herr v. Mühlberg, seine am Sonntag von uns wiedergegebene Rede gehalten. Und nun hält das Zentrum, nach Ballestrem dem Reichskanzler Daumschrauben anzulegen und ihm zu sagen: Fluch oder Segen! Bekenne oder wimmere um Verzeihung!

Der Artikel der „Germania", durch den der Reichskanzler und preußische Ministerpräsident öffentlich zu Protokoll vernommen wird, lautet:

Das Wolffsche Telegraphen-Bureau verbreitet eine Nachricht aus Rom, von deren Wahrheit wir vorläufig nichts weniger als überzeugt sind, obwohl auch eine Reihe großer liberaler deutscher Blätter ziemlich gleichlautende Berichte ihrer römischen Privatkorrespondenten erhalten haben. Wie gesagt, wir halten die Nachricht, solange keine offizielle Bestätigung vorliegt, für mehr als unwahrscheinlich; wir können sie aber nicht gänzlich mit Stillschweigen übergehen, sondern wollen vielmehr im Anschluß an sie eine Anfrage an die königliche Staatsregierung stellen. Nach den genannten römischen Meldungen soll der deutsche Gesandte am Vatikan, der ehemalige Unterstaatssekretär Herr v. Mühlberg, es für angezeigt erachtet haben, den deutschen Prälaten in Rom, die ihm ihre Glückwünsche zu Kaisers Geburtstag überbrachten, eine Ansprache zu halten, in der er bedeute, der kokettierende Friede Deutschlands sei eine durch die Haltung der Katholiken bedroht und die Beziehungen der Regierung zur Kurie gefährdet.

Wir verzichten vorläufig darauf, den Sinn der übermittelten Rede irgendwie zu kommentieren, denn es scheint uns ziemlich undenkbar, daß Herr v. Mühlberg den patriotischen Feiertag der Deutschen im Ausland wirklich dazu benutzt haben soll, eine derartige, milde gesagt, drohende Warnung auszusprechen. Erst am Sonnabend hat der Herr Reichskanzler im Reichstag es betont, daß es eine häßliche deutsche Eigenschaft sei, dem Ausland die Freude am heimischen Zwist zu bereiten. Da aber Herr v. Bethmann doch sicherlich von einer so prononzierten Rede Herrn v. Mühlbergs Kenntnis gehabt haben müßte, würde er wohl schwerlich diese Worte gesprochen haben, falls der Text der Rede, wie er überliefert wird, auf Wahrheit beruht.

Es würde uns auch sehr wundernehmen, wenn eine solche, wie gesagt, „drohende Warnung", falls sie die Regierung für irgendwie angebracht hält, nicht in Berlin, sondern in Rom, und zwar bei solcher Gelegenheit zu solchen Persönlichkeiten ausgesprochen worden wäre. Im Laufe der Zeiten haben wir freilich manche Ueberraschung erlebt, aber diese neueste wäre doch etwas gar zu groß. Da nun aber auch das „W. T. B." wie auch die große liberale Presse diese Nachricht bringen, so dürfen wir eines von der Regierung doch wohl verlangen: daß sie entweder ein Dementi der Meldung oder einen völlig **authentischen Aufschluß über den ganzen Vorfall** gibt. Die berichteten Worte klingen zu bedeutungsvoll, als daß wir sie schweigend anhören könnten; dies um so weniger, da sie heute schon von der liberalen Presse eifrig kommentiert werden. Es wird daher die Regierung nicht umhin können, zu erklären, ob und wie Herr v. Mühlberg zu den deutschen Prälaten gesprochen hat. Wenn die Regierung hierauf geantwortet hat, wird es Zeit sein, Stellung zu der ganzen Frage zu nehmen.

Auf diesen Tusch, hinter dem das Zentrum, der große schwarze Bruder, steht, kann der Reichskanzler nicht mehr schweigen. Also heraus mit der Sprache! Und da es bei der zu erwartenden offiziösen Arbeit ein Aufwaschen ist, so wird man hoffentlich zugleich erfahren, wie auch gegenüber dem päpstlichen Silvesterbriefe an den Kardinal Fischer die Haltung der preußischen Regierung „begründet" werden wird.

* **Demokratische Kandidaturen.** Der westdeutsche Parteitag der Demokratischen Vereinigung in Köln proklamierte als demokratische Reichstagskandidaturen Dr. Pohl-Schröder für Köln und Rechtsanwalt Kohn für Dortmund.

Zweierlei Maß in der Kirche. Der orthodoxe „Reichsbote" hat noch oben hin nicht den Mut, unser am Sonntag beigebrachtes unanfechtbares Tatsachenmaterial über das ungleiche Maß in der Kirche anzuerkennen und die Konsequenzen daraus zu ziehen, nämlich auf die Beseitigung dieses ungleichen Maßes zu dringen. Er hält es für bequemer, die Tatsachen auf den Kopf zu stellen und die liberalen Geistlichen abzukanzeln. Während ihm aber der Mut zur Wahrheit fehlt, animiert der orthodoxe „Reichsbote" seine Leser, da er sie über unsere unangenehmen Feststellungen hinwegtäuschen will, die unanfechtbaren Feststellungen der „Volks-Zeitung" für — „Falschstellungen" zu halten. Es versteht sich von selbst, daß gegen ein derartiges Maß von Skrupellosigkeit und frommer Verdrehungskunst nichts zu machen ist. Immerhin sieht man wieder einmal, was die fromme Tugendboldigkeit unserer Orthodoxen wert ist, wenn sie auf die allereinfachste Wahrheits- und Ehrlichkeitsprobe gestellt wird.

Kurze Chronik.

Das Reichsgericht in Leipzig verwarf die Revision des sozialdemokratischen Redakteurs August Wesemeyer, der am 13 Mai vorigen Jahres von dem Landgericht in Braunschweig wegen Beleidigung der Landesregierung und der Braunschweiger Polizei zu neun Monaten Gefängnis verurteilt worden war.

* Der österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen v. Aehrenthal gab im Delegat onsausschuß des Aeußern eine Erklärung ab, die erneut das Festhalten am Dreibund und die guten Beziehungen zu allen Mächten betonte.

Die französische Regierung hat den Entwurf eines Gesetzes eingebracht, durch das verhindert werden soll, daß in der Champagne aus anderen Gegenden stammender Wein zur Herstellung von Champagner benutzt wird.

Der bulgarische Finanzminister erließ an die Zollbehörden ein Zirkular, demzufolge ottomanische Provenienzen bis auf weiteres nach dem Generaltarif zu behandeln sind.

* Auf der Insel Luzon (Philippinen) sind durch einen vulkanischen Ausbruch im Taalbezirk große Verheerungen angerichtet worden. Eine Flutwelle hat mehr als dreihundert Menschen hinweggerafft.

* Näheres im Text des Blattes.

Aehrenthal über die Potsdamer Abmachungen.

Der österreichisch-ungarische Minister des Aeußern Graf Aehrenthal gab in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Aeußeres, wie uns ein Telegramm meldet, folgendes Exposé:

Die Delegationen haben sich vor wenigen Wochen mit den Fragen der auswärtigen Politik eingehend beschäftigt. Die Situation hat sich in der kurzen Zwischenzeit nicht verändert. Es gibt auch heute glücklicherweise keine Frage, die für den Frieden Europas gefährlich wäre. Alle großen Mächte sind zumeist mit innenpolitischen Problemen beschäftigt und bestrebt, die Beziehungen untereinander vertrauensvoller zu gestalten.

In meiner Rede vom 9. November 1910 sagte ich, wir wollen die Interessen der Monarchie wahren durch das treue Festhalten an unseren Bündnissen und die Pflege guter Beziehungen zu allen Mächten. Nach beiden Richtungen kann ich Ihnen heute das vor wenigen Wochen Erwähnte bestätigen. Zu besonderen möchte ich auf den warmen Ton verweisen, den die leitenden Staatsmänner der mit uns verbündeten Mächte: Reichskanzler Herr v. Bethmann Hollweg und Marchese di San Giuliano, bei Erwähnung der Beziehungen zu uns angeschlagen haben.

Die Rede des deutschen Reichskanzlers vom 11. Dezember 1910 hat berechtigtes Aufsehen hervorgerufen. Herr v. Bethmann Hollweg war nämlich in der Lage, die Beziehungen Deutschlands zu England und Rußland in einer Weise zu erläutern, die jeden Freund der Konsolidierung der Verhältnisse in Europa mit Genugtuung erfüllen muß. Er sprach von der Gegnerschaft Deutschlands, sich mit England durch eine offene und vertrauensvolle Aussprache über die gegenseitigen Interessen zu verständigen; dies sei das sicherste Mittel zur Beseitigung des Mißtrauens wegen des gegenseitigen Kräfteverhältnisses zu Wasser und zu Lande.

Ueber die Beziehungen zu Rußland und insbesondere über die Potsdamer Entrevue war der deutsche Reichskanzler in der Lage, zu konstatieren, daß der dort gepflogene Meinungsaustausch zu einer Annäherung beider Reiche geführt, ohne daß jedoch in der allgemeinen Orientierung ihrer Politik eine Aenderung eingetreten wäre.

In unserem Verhältnis mit Frankreich und England, das ebenfalls gut ist, hat sich keine Aenderung ergeben.

Einleitend habe ich bemerkt, daß derzeit keine Frage von solcher Bedeutung vorliegt, daß sie den Frieden Europas gefährden könnte. Ich halte es aber für meine Pflicht, ebenso wie ich es in meinem Exposé vom Oktober 1910 getan habe, auch heute zu betonen, daß in unserer so rasch lebenden Zeit, wo auch der Gang der Ereignisse sich zuweilen überstürzt und im Hinblick auf die leider leichte Erregbarkeit der öffentlichen Meinung in allen Staaten, das politische Barometer unvermittelt auf schlechtes Wetter zeigen kann. Soll also die auswärtige Politik für die Interessen der Monarchie und für den Frieden erfolgreich eintreten können, muß sie über eine schlagfertige Armee und Flotte verfügen.

Diese Sturmwarnung Aehrenthals zielt natürlich auf die österreichische Flottenvorlage, und soll für diese gutes Wetter machen.

*

Eine schwarzgelbe Rede.

In der Generaldebatte erklärte Kramarsch, während seit dem Märzsteger Abkommen über die brennendsten Fragen der europäischen Politik in Wien entschieden worden sei, liege jetzt der Mittelpunkt dieser Politik unbedingt wieder in Berlin. Durch die Potsdamer Abmachungen habe Rußland Nordpersien für Deutschland geöffnet, daß nunmehr vollständigen Einfluß auf die dortigen geltenden Tarife habe. Der Redner bedauert diese Konzessionen Rußlands an Deutschland. Rußland habe eine agressive Politik von seiten Oesterreichs auch ohne Potsdam nicht sonderlich zu fürchten brauchen, daß aber Oesterreich nicht eine wirtschaftspolitische Dependance Deutschlands werde, wie es schon seine politische sei, sei gerade auch für Rußland ein Lebensinteresse ebenso wie für die Balkanstaaten, gegen die Oesterreich-Ungarn keine aggressiven Absichten habe. Deutschlands Politik gehe mit Riesenschritten auf das grandiose Ziel der europäischen Vormacht hin, es sei höchste Zeit, an die Zukunft zu denken und dahin zu wirken, daß Oesterreich-Ungarn wieder einige Bewegungsfreiheit erlange, damit es nicht willenlos und denkbar für jede Bewegung und jede Gefahr der deutschen Politik Schildwache stehen müsse.

Die Studentenkrawalle in Krakau.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Wien, 30. Januar.

Aus Krakau wird über die Szenen, die sich heute mittag vor und in der Universität abspielten, noch berichtet: Große Erregung bemächtigte sich der vor der Universität stehenden fortschrittlichen Studenten, als sie vernahmen, daß vier Professoren begonnen hatten, Vorlesungen zu halten. Hundertstimmiger Ruf ertönte: „Eindringen!" Das Universitätstor wurde eingedrückt und die Studenten drangen in das Gebäude ein. Vor einigen Hörsälen fanden sie Barrikaden aus Bänken errichtet, sie warfen die Bänke beiseite und zerbrachen sie. Dann stürmten sie in die Hörsäle und die Professoren mußten die Vorlesungen abbrechen. Zwischen fortschrittlichen und klerikalen Studenten kam es zu Keilereien, wobei eine Anzahl Studenten verletzt wurde. In den Hörsälen sah es arg aus. Zahlreiche Bänke und Katheder waren zertrümmert und die Türen aus den Angeln geworfen. Die klerikalen Studenten wurden aus dem Universitätsgebäude hinausgedrängt. Die Fortschrittlichen waren nunmehr in dem Gebäude Herren der Situation. Sie hielten eine Versammlung ab, in der zu unbedingtem Ausharren aufgefordert wurde. Die Studenten gelobten einander, auf jeden Fall die Abhaltung der Vorlesungen zu verhindern, eventuell die Schließung der Universität zu erzwingen. Der akademische Senat konnte sich nicht versammeln, weil die fortschrittlichen Studenten den Saal besetzt hielten.

Um 6 Uhr abends sollten die fortschrittlichen Studenten von anderen fortschrittlichen abgelöst werden. Inzwischen hatte aber der Rektor der Universität Wittlowski die Polizeidirektion verständigt. Diese entsandte zahlreiche Wachleute, die die Universität umstellten. Infolgedessen konnten die Studenten, die zur Ablösung ihrer Kollegen sich in die Universität begeben wollten, in diese nicht hineingelangen. Die eingeschlossenen Studenten bleiben deshalb die Nacht über in der Universität. Große Aufregung entstand, als nach 6 Uhr zwei Infanteriekompagnien erschienen und die Universität umzingelten. Es heißt, daß die Absicht bestehe, die eingeschlossenen Studenten erzählen, daß sie verhaften. Die klerikalen Studenten erzählen, daß sich unter den Streikenden zahlreiche aus Rußland stammende Elemente befänden, die mit Revolvern bewaffnet seien, diese Angaben stoßen aber auf Unglauben.

Studentenstreik in Lemberg.

In Lemberg haben die Hörer aller Hochschulen eine in den schärfsten Ausdrücken abgefaßte Resolution beschlossen, in der sie sich mit den Krakauer Studenten solidarisch erklären. Sie stellen in Aussicht, daß sich in Lemberg dieselben Vorgänge wie in Krakau abspielen würden. Am Nachmittag fand eine allgemeine Studentenversammlung statt, die beschloß, morgen in den Streik zu treten. Auch die Ruthenen haben sich den polnischen Studenten angeschlossen.

Der Prozeß gegen die Mörder Buturlins.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Petersburg, 30. Januar.

Heute begann hier der Sensationsprozeß gegen Dr. Pantschenko, den Gutsbesitzer Obrien de Lazy sowie die Geliebte Pantschenkos Murawjew wegen Vergiftung des Millionenerben Buturlin. Neben den drei Angeklagten sind 270 Zeugen geladen, welche fast alle Gesellschaftsklassen umfassen: polnische Magnaten, Mitglieder des Wiener Reichsrats, Zimmermädchen aus einem Wilnaer Hotel, Mitglieder der hohen russischen Aristokratie, des russischen Reichsrates, Hotelkommissionäre usw. Zu Beginn des Prozesses erregte Frau Obrien allgemeine Aufmerksamkeit, als sie vor dem Heiligenbild im Gerichtssaale auf die Knie niedersank und lange inbrünstig betete. Obrien macht einen ziemlich einfachen Eindruck, doch lassen seine grünlichen, blitzenden Augen wohl darauf schließen, daß man in dem Angeklagten einen geriebenen Verbrecher vor sich hat. Anders Dr. Pantschenko, der mehr wie ein mittelalterlicher Alchimist, nicht aber wie ein Arzt aussieht. Frau Murawjew, die Mitwisserin des Verbrechens, macht einen vulgären Eindruck. Der Prozeß dürfte sich einen ganzen Monat lang hinziehen.

Ein Pseudo-Tolstoi.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Petersburg, 30. Januar.

Im Gouvernement Pleskau mißbraucht ein findiges Bettlerpaar in geriebener Weise den Namen Tolstoi. Ein Bettler, der Tolstoi sehr ähnlich ist, zieht mit einem Genossen von Dorf zu Dorf und erklärt den erstaunten Bauern, daß er der große Tolstoi und sein Begleiter sein intimer Freund Tschertkow sei. Die Bauern versammeln sich um das seltsame Paar und versuchen anfangs einzuwenden, daß Tolstoi tot sei; doch weiß der Pseudotolstoi ihre Bedenken durch den einfachen Hinweis zu zerstreuen, daß alle Meldungen über seinen Tod nichts weiter als eine von der Regierung in den Zeitungen in Umlauf gesetzte unverschämte Lüge seien.